



Engagiert in der Kommune

*Win-Win vor Ort:
Kommunen und gesellschaftliches Engagement*



Inhalt

1 Vorwort	3
<i>Kommune und Engagement: ein Modell mit Zukunft</i>	
2 Städte, Kreise und Gemeinden – für mehr bürgerschaftliches Engagement	5
3 Bürgerschaftliches Engagement und Kommunen – ein Zukunftsmodell	7
4 „Wo wir sind, bist Du sicher“ – Die Notinseln für Kinder	11
5 Hand in Hand – Kommunen und ehrenamtlich Engagierte realisieren gemeinsame Projekte	15
6 Ich will – aber ich weiß nicht wie	19
7 Bürgerschaftliches Engagement in der Kommune: vielfältig und nachhaltig	21
8 Anreize schaffen: die Ehrenamtskarte	26
9 Best Practice!	27
10 Tipps, Links und Ansprechpartner	28
11 Impressum	31

1 Vorwort

Kommune und Engagement: ein Modell mit Zukunft

Mehr als 23 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich ehrenamtlich – das ist weit mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung. Sie setzen sich in den Stadträten, Kreistagen und Gemeinderäten für ihre Mitbürger ein, betreuen Kinder, kümmern sich um ältere Menschen und sind aktiv in Kultur- oder Sportvereinen, Kirchengemeinden oder Bürgerinitiativen. Ihr Einsatz hilft maßgeblich die Lebensqualität in den Städten, Landkreisen und Gemeinden zu verbessern, denn sie sichern die kulturelle, sportliche und soziale Vielfalt.

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger hat für die Kommunen, in denen sie aktiv sind, aber noch eine weitere Dimension bekommen. Denn diese Menschen beginnen immer mehr, vielfältige Aufgaben und Funktionen im Gemeinwesen zu übernehmen, die über das hinausgehen, was die Verwaltungen bereits tun. So helfen sie mit, die Identifikation mit der Gesellschaft vor Ort zu fördern und leisten einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Kommunen.

Die Initiative „für mich, für uns, für alle“ – ein Zusammenschluss von engagierten Bundestagsabgeordneten, den Städten, Landkreisen und Gemeinden sowie den Sparkassen – beleuchtet mit dem vorliegenden Ratgeber „Engagiert in der Kommune“ die Möglichkeiten ehrenamtlichen Einsatzes anhand von Praxisbeispielen, Berichten und Interviews. Er zeigt, wie bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden kann, wie die kommunale Verwaltung und ehrenamtlich Engagierte gemeinsam zur Steigerung der Lebensqualität beitragen können und wie konkrete Projekte Gestalt annehmen. Mit „Engagiert in der Kommune“ möchten alle Partner der Initiative „für mich, für uns, für alle“ den Einsatz der bürgerschaftlich engagierten Menschen und ihre Zusammenarbeit mit den Vertretern der Kommunen unterstützen und vor allem dazu ermuntern, dieses Engagement weiter auszubauen.

2 Städte, Kreise und Gemeinden – für mehr bürgerschaftliches Engagement

Für die Kommunen in Deutschland spielt das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern eine immer größere Rolle. Ohne den vielfältigen Einsatz dieser Menschen wären die Städte, Kreise und Gemeinden um eine Fülle von sportlichen, kulturellen und Bildungsangeboten sowie um soziale und gesundheitliche Hilfeleistungen ärmer. Aber auch die Zukunftsgestaltung des Gemeinwesens würde ohne ihre Mitwirkung sehr viel einseitiger ausfallen.

Gerade mit der Diskussion um die Neuausrichtung des Sozialstaates erlebt das bürgerschaftliche Engagement eine Renaissance bei seinem Einsatz für das Gemeinwesen. Dabei zeigt sich, dass Teile ehemals kommunaler Aufgaben sehr gut in den Händen der Bürgerinnen und Bürger aufgehoben sind.

Besonders gut funktioniert dies, wenn Städte, Kreise und Gemeinden gemeinsam mit den ehrenamtlich Engagierten arbeiten. Gerade in ihrem Zusammenspiel zeigt sich, dass Bürgerengagement und Kommunalverwaltung zwei Seiten derselben Medaille sind.

Der Ratgeber „Engagiert in der Kommune“ beleuchtet die Möglichkeiten ehrenamtlichen Einsatzes anhand von Praxisbeispielen, Berichten und Interviews. Er zeigt, wie bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden kann, wie die kommunale Verwaltung und ehrenamtlich Engagierte gemeinsam zur Steigerung der Lebensqualität beitragen und wie konkrete Projekte Gestalt annehmen können.

Moderne Gesellschaften sind ohne den Gestaltungswillen und die Solidarität von Bürgerinnen und Bürgern nicht denkbar. Bürgerschaftliches Engagement ist das Fundament einer freiheitlichen Gesellschaft. Mithilfe des Bürgerengagements bleibt unsere Gesellschaft lebendig und wandlungsfähig. Denn Werte schaffen und diese weitergeben, kann der Staat allein nicht leisten. Ideen und Initiativen für eine bessere Gesellschaft kommen von den Menschen selbst.



3 Bürgerschaftliches Engagement und Kommunen – ein Zukunftsmodell

Die Zukunftsgestaltung des Gemeinwesens würde ohne das bürgerschaftliche Engagement der Menschen an Kraft und Vielfalt verlieren. Die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips – mehr Verantwortung für sich selbst und das eigene Umfeld zu übernehmen – gilt heute mehr denn je als wichtiger Bestandteil der Modernisierung in den Kommunen, vor allem in den deutschen Großstädten.

Dabei geht es nicht darum, den Bürger zum Lückenbüsser zu machen, der die materiellen Mängel kommunaler Verwaltung der vergangenen Jahre notdürftig ausbessern soll. Es geht vielmehr um die Menschen als Bürger in der besten historischen und aktuellen Bedeutung des Wortes: als vorausschauende, aufmerksame und soziale Akteure, die die Zukunft ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde – gemeinsam mit der Kommune – erneuernd gestalten. Denn für die meisten Menschen spielt es nicht nur eine Rolle, wo und wie sie leben, sondern auch sich zu engagieren und einbringen zu können. Neben dem Wunsch, Sinnvolles zu tun, steht für sie auch die Bereicherung der Lebensqualität und die Möglichkeit, neue soziale Kontakte zu knüpfen, im Mittelpunkt.

Gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schieflage zeigen sich die Chancen des bürgerschaftlichen Engagements in besonderem Maße: Die Diskussionen darüber, was Kommunen selbst erfüllen müssen, und was die Bürgerinnen und Bürger übernehmen können, gewinnen an Kontur. Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements bietet somit die Chance für ein neues Miteinander von Kommunen und Bürgerschaft. Denn bürgerschaftliches Engagement zu fördern, heißt nicht nur dem Ehrenamt, sondern auch der Bürgergesellschaft eine Zukunft zu geben.

Gesellschaftliches Engagement ist eine Chance für ein neues Miteinander von Kommunen und Bürgerschaft.

Neben der Entlastung der Städte, Landkreise und Gemeinden bedeutet bürgerschaftliches Engagement eine Integration der Menschen und eine Verbesserung des sozialen Miteinanders. Gelingt es den Kommunen, dieses wertvolle Potenzial umsichtig zu organisieren und zu steuern, können sie auch weitere Menschen motivieren, sich zu engagieren und das soziale Miteinander zu intensivieren.



WALTER THEUERKAUF,
LANDRAT DES
LANDKREISES AURICH

Aufgaben mit Tragweite

Interview mit Walter Theuerkauf, Landrat des Landkreises Aurich

Herr Theuerkauf, was macht bürgerschaftliches Engagement für die Kommunen so wichtig?

Schon mit der kommunalen Selbstverwaltung können die Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Aber die Identität einer Gemeinde entsteht vor allem dadurch, dass sich der Gestaltungswille der Menschen nicht nur politisch ausdrückt, sondern auch in Form des bürgerschaftlichen Engagements – in Vereinen, bei der Feuerwehr, in Bürgerinitiativen, Chören oder Theatergruppen.

Was können Kommunen tun, um den Gestaltungswillen der Bürger zu fördern?

Die Kommunen dürfen nicht den Eindruck erwecken, als könnten sie alle Probleme lösen. Sie dürfen das Engagement ihrer Bürger nicht abwerten, sondern sie müssen die Menschen mit einbinden. Sie sollten unter ihnen das Bewusstsein für die Notwendigkeit und die Stärken bürgerschaftlichen Engagements stärken. Dabei heißt Fördern nicht notwendigerweise, die Engagierten finanziell zu unterstützen. Anerkennung und Lob für die vielfältigen Leistungen sind mindestens genauso wichtig.

Gibt es Städte, Landkreise und Gemeinden, die in diesem Bereich besonders progressiv sind?

Überall gibt es gute Ansätze, egal ob bei den Feuerwehren, Fußballvereinen oder Chören. Sie alle zeichnet aus, dass sie die Lebensqualität verbessern – nicht nur dadurch, dass sie Feste feiern. Sondern weil die Jugendlichen ihre Zeit sinnvoll verbringen und ihnen zum Teil auch Aufgaben mit Tragweite übertragen werden. Wich-

tig sind vor allem zwei Aspekte: Identität zu stiften und Ausländer zu integrieren.

Gibt es ein etabliertes Erfolgsmodell?

Nein. Jede Region entwickelt ihre spezifische Form des bürgerschaftlichen Engagements. Es ist wichtig, über den eigenen Teller- rand zu schauen und zu sehen, was andere machen. Für Neues offen zu sein und gute Beispiele zu übernehmen, hilft sich zu verbessern.

Welche Vorteile erwachsen den Bürgern, welche den Kommunen?

Ein aktiver selbstbewusster Bürger will nicht nur Objekt sein, sondern auch selbst gestalten. In den Städten und Gemeinden kann er das vor allem mithilfe des bürgerschaftlichen Engagements. Ein Umstand, von dem die Kommunen ganz klar profitieren, da sie das alles nicht selbst organisieren können.

Welches Feedback bekommen Sie aus der Bevölkerung? Welches aus den Kommunen?

Jeder möchte Anerkennung für seine Arbeit und seinen Einsatz, und oft werde ich auch mit Forderungen konfrontiert. Dazu gehört auch der Wunsch nach finanzieller Unterstützung. Aber man kann nicht alles umsetzen, zumindest nicht so schnell, wie sich die Menschen das in der Regel wünschen.

Kann Deutschland noch von anderen Ländern lernen?

Natürlich gibt es überall gute Beispiele. So gibt es große Kulturinitiativen in den skandinavischen Ländern. Aber wir müssen unseren eigenen Weg finden, sonst können wir unsere Ziele nicht verwirklichen.



4 „Wo wir sind, bist Du sicher“ – Die Notinseln für Kinder

Auf welcher einfachen und zugleich effektiven Weise bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene Wirkung zeigen kann, beweisen die Notinseln für Kinder der Karlsruher Stiftung Hänsel + Gretel. Die Stiftung hat gemeinsam mit verschiedenen kommunalen Partnern, wie den Jugendämtern oder den Kinderbüros, und ehrenamtlich engagierten Bürgern die „Notinsel“ als ein Projekt für Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement im Kinderschutz etabliert. In der Kooperation mit Apotheken, Frisören oder anderen Geschäften, die alle einen „Notinsel“-Aufkleber an ihrer Eingangstür anbringen, ist ein Netzwerk aus Zufluchtsorten für hilfesuchende Kinder entstanden.

Zum Gelingen dieses Projekts ist der Einsatz von Ladenbesitzern sowie Verkäuferinnen und Verkäufern genauso Voraussetzung wie das kommunale Engagement. Die Geschäfte, die das „Notinsel“-Zeichen an ihrer Tür anbringen, signalisieren den Kindern vor allem eines: „Wo wir sind, bist Du sicher.“

Jerome Braun, der Geschäftsführer der „Notinseln für Kinder“, erklärt, warum dieses Projekt so wertvoll ist, welche Vorteile Bürger und Kommunen davon haben und warum es ohne die Kooperation von bürgerschaftlich Engagierten und den Kommunen nicht bestehen könnte.

Herr Braun, was macht die Notinseln so wichtig und zugleich erfolgreich?

Sie signalisieren Kindern, die sich bedroht fühlen: Wo wir sind, bist du sicher. Schon das Bewusstsein um diesen Zufluchtsort ermöglicht ihnen, sich in Sicherheit bringen zu können. Unser System überzeugt durch seine Einfachheit: Als wir die Notinseln vor acht



KINDERBÜRO MÜNSTER



Mit dem Projekt „Notinsel“ hat die Karlsruher Stiftung Hänsel+Gretel eine Möglichkeit geschaffen, Kindern in Notsituationen Fluchtpunkte aufzuzeigen. Notinseln können Geschäfte, Apotheken oder Sparkassen und viele andere sein, die sich bereit erklären, Kindern zu helfen, wenn sie Hilfe benötigen.

**HÄNSEL
+ GRETEL**
Kindesmissbrauch:
Verhindern, helfen



JEROME BRAUN,
GESCHÄFTSFÜHRER
DER „NOTINSELN
FÜR KINDER“

Jahren ins Leben riefen, haben uns zunächst Bäcker, Metzger, Frisöre und Apotheker unterstützt. Bald folgten die unterschiedlichsten kleinen bis mittleren Geschäfte und Läden, die sich das Zeichen für mehr Kinderschutz und Zivilcourage an ihre Tür klebten. Mit diesem Aufkleber zeigen bis heute knapp 10.000 Geschäfte in bundesweit 100 Städten, dass Kinder an erster Stelle stehen.

Worin bestehen die Vorteile der Notinseln für die Kommunen?

Die teilnehmenden Kommunen bekennen sich ganz klar zum Kinderschutz – und sie signalisieren potenziellen Tätern: „Wir tun etwas, damit unsere Kinder sicher sind.“ Wie unsere Erfahrungsberichte zeigen, erfüllen die Notinseln ihren Zweck – bei einem vergleichsweise minimalen Verwaltungs- und Kostenaufwand für die Kommunen.

Würde das Prinzip der Notinseln auch ohne bürgerschaftliches Engagement funktionieren?

Ohne den Einsatz der Menschen in den Geschäften – so wenig aufwändig er auch ist – funktionieren die Notinseln nicht. Nur eine gewisse Masse garantiert eine flächendeckende Hilfe. Aber nicht nur das große Netz von Geschäften ist entscheidend, sondern vor allem müssen die Kinder und deren Eltern informiert werden. Schulen und Kindergärten, Eltern und Vereine aller Art sind aufgefordert, die Notinsel bekannt zu machen und darüber zu reden. Nur wenn Kinder die Notinsel kennen, können sie dort Hilfe suchen.

Diese Einschätzung bestätigt auch Nina Kerstiens vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familie der Stadt Münster. Gemeinsam

mit ihrem Kollegen Andreas Garske hat sie die Notinseln für Kinder in Münster etabliert.

Frau Kerstiens, worin besteht das kommunale Engagement für die Notinseln für Kinder?

Es besteht in meiner Arbeit und der meines Kollegen, Andreas Garske. Zur Einführung der Notinseln haben wir die ersten Geschäfte auf das Projekt aufmerksam gemacht. Als Nächstes werden wir an die Schulen gehen, um die Notinseln noch bekannter zu machen. Dazu kommen Verwaltungsaufgaben, und wir betreiben Öffentlichkeitsarbeit, damit die Notinseln den Menschen in Erinnerung bleiben bzw. noch bekannter werden.

Worin sehen Sie die Vorteile dieses bürgerschaftlichen Engagements für Ihre Stadt?

Durch diese Art der Kooperation schaffen wir es gemeinsam – Kommune und Bürger – ein effektives Netzwerk bei einem überschaubaren Aufwand aufzubauen.

Was bringt dieser Einsatz den Bürgerinnen und Bürgern?

Der Schutz unserer Kinder steigt mit jedem weiteren Geschäft, das teilnimmt.

Wie bewerten Sie das Engagement in der Bevölkerung?

Wir haben erst vor einem Jahr mit diesem Projekt begonnen – und jetzt existieren schon 179 Notinseln für Kinder in und um Münster. Die Menschen hier zeigen sehr deutlich, dass sie sich für den Kinderschutz stark machen.



ANDREAS GARSKE,
„NOTINSELN FÜR
KINDER“ IN MÜNSTER



NINA KERSTIENS,
DIPLOM-SOZIALPÄDAGOGIN
DES KINDERBÜROS MÜNSTER

5 Hand in Hand – Kommunen und ehrenamtlich Engagierte realisieren gemeinsame Projekte

Viele Menschen möchten sich gerne für ihre Heimat engagieren. Zugleich gibt es viele Städte, Kreise und Gemeinden, die sich die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger wünschen. Oft scheitert die Realisierung dieses beiderseitigen Interesses aber an der Frage nach dem „Wie?“.

Eine Möglichkeit sind Patenschaften: So ernennt die Stadt Wuppertal interessierte Bürger zu Paten, die Familien unterstützen möchten, Köln vergibt Patenschaften für Bäume sowie Grünflächen und Bayreuth für Kinderspielplätze.

In der Natur liegt die Kraft

Ein sauberes Fleckchen Natur vor der eigenen Haustür wird immer seltener – ganz besonders in den Großstädten. Um sich auch weiterhin die Ruhe und die frische Luft zu bewahren, die Bäume, Grünflächen und Parks spenden, übernehmen in Köln engagierte Bürgerinnen und Bürger Patenschaften für „ihr“ Stück Grün. Der Stadt Köln kommt dieses Engagement sehr gelegen, denn so kann sie, mit der Unterstützung der Menschen, die Lebensqualität weiterhin auf hohem Niveau garantieren und Kosten sparen.

Dabei ist der kommunale Verwaltungsaufwand für diese Patenschaften gering, erklärt Michael Eppenich, Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen in Köln. „Er besteht vor allem darin, den Kölnern ‚ihren‘ Baum oder ‚ihre‘ Grünfläche zuzuweisen und ihnen zu erklären, was zu tun ist. Als Dank und Anerkennung für ihr Engagement erhalten sie dann noch eine Patenschaftsurkunde von uns.“



MICHAEL EPPENICH,
LEITER DES AMTES FÜR
LANDSCHAFTSPFLEGE
UND GRÜNFLÄCHEN IN
KÖLN

Der Einsatz von ehrenamtlichen Paten ist vielfältig und wird immer beliebter. Bei den bürgerschaftlich Engagierten, weil sie sich für andere Menschen oder ihr Umfeld einsetzen können und zugleich von den Kommunen unterstützt werden. Bei den kommunalen Verwaltungen, weil ihnen die Patinnen und Paten mit einfachen Hilfsmaßnahmen große Dienste erweisen. Insgesamt profitieren von diesem Patensystem alle Beteiligten: Kommunen, Ehrenamtler – und die Gesellschaft.

EHRENAMTLICHE
FAMILIENPATINNEN BEI
DER GEMEINSAMEN
FALLBESPRECHUNG



Viel wichtiger sei, so betont Eppenich, was die Kommune davon hat: „Wir könnten es gar nicht leisten, all die Bäume, Baumscheiben und Grünflächen ohne die Unterstützung der Bürger auf so hohem Niveau instand zu halten.“ Dabei besteht der Einsatz der Paten darin, „ihre“ Patenkinder sauber zu halten, das heißt den Müll und unerwünschten Wildwuchs zu entfernen oder Beete zu pflegen. Bei langen Trockenzeiten gehört auch das Gießen zu den Aufgaben. Ganz wesentlich sei aber die hohe Signalwirkung sauberer grüner Flächen bei den Mitbürgern, sagt Eppenich. „Das steckt an.“

Familien – Fundament des Staates?

Das Idealbild einer Familie hat zwei zentrale Facetten: Zum einen soll sie ein Ort der Geborgenheit sein, zum anderen sollen Familien das Fundament des Staates bilden. Aber was, wenn eine Familie selbst auf Hilfe angewiesen ist?

In Wuppertal erhalten Familien mit Problemen seit zwei Jahren Unterstützung durch engagierte Bürger: Finanziert vom Jugendamt der Stadt wurden die „Wuppertaler Familienpaten“ ins Leben gerufen.

„Die Familienpaten schließen eine wichtige Lücke“, erklärt Manuela Salem, zuständige Projektleiterin. „Immer mehr Familien brauchen Hilfe, um in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen. Aber die Kommune hat nicht immer ausreichend Kapazitäten für diese Unterstützung. Hier kann man das große Potenzial nutzen, das Bürgerengagement bietet, und den Familien durch ehrenamtliche Paten wertvolle Hilfestellungen leisten.“

In der Regel nehmen sich die Paten in der Woche ein bis zwei Stunden Zeit für ihre Familien. Nach Absprache ist auch praktische Unterstützung, wie Hilfe bei Behördengängen oder die Mitorganisation der Freizeitgestaltung der Kinder, willkommen.

Ganz wichtig: Die Familienpaten sind kein Ersatz für die professionelle Jugendhilfe. „Aber diese Maßnahmen sind eine hervorragende Ergänzung. Manchmal reicht schon die Unterstützung einer neutralen Person, die Zeit hat und zuhört“, so Manuela Salem.

Hans Bösch ist einer der Wuppertaler Familienpaten – er bestätigt Salems Einschätzung. Der 60-Jährige kümmert sich um gleich zwei Patenfamilien: Zum einen um eine 21-jährige Mutter mit einem Kleinkind, die er bei Behördengängen und Schriftverkehr unterstützt. „Die Frau ist Hartz-IV-Empfängerin. Da gibt es einiges an Formularen auszufüllen. Seitdem sie ihr Exfreund belästigt hat, gehe ich mit ihr auch zur Polizei“, erzählt Bösch. Bei der anderen Familie handelt es sich um eine Mutter mit vier Kindern. „Zuerst brauchte sie Hilfe bei der Organisation ihres Umzugs. Jetzt ist sie auf der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle.“

Böschs Einsatz trägt dazu bei, „dass diese Menschen sich schneller und einfacher in unsere Gesellschaft eingliedern können“, sagt er. Auch die Stadt Wuppertal profitiert davon: „Gerade für die Kommune ist es sicherlich eine Entlastung, da ich so eine Art Schnittstelle zwischen den Familien und den Ämtern bin.“

Kinder fördern – in die Zukunft investieren

Das Wohlbefinden eines Kindes trägt sehr viel zu seiner mentalen und körperlichen Entwicklung bei. Schon ein paar Stunden unbe-



MANUELA SALEM,
PROJEKTLITERIN DES
NACHBARSCHAFTS-
HEIMS WUPPERTAL



HANS BÖSCH, WUPPERTALER FAMILIENPATE

schwerten Spielens am Tag haben hierauf einen großen Einfluss. Besonders auf Spielplätzen können sie ganz „Kind sein“: Rutschen, schaukeln, toben, schreien, im Sand buddeln – all das, was sie zu Hause nur selten tun können.

Die Stadt Bayreuth ist sich dessen bewusst. Hier gibt es mehr als 80 Spiel- und Bolzplätze. Um deren hohe Standards zu sichern, setzt Bayreuth auch auf das bürgerschaftliche Engagement und hat vor rund einem halben Jahr die Spielplatz-Paten ins Leben gerufen. Ihr Einsatz besteht darin, „einmal in der Woche nachzuschauen und uns zu informieren, wenn etwas nicht in Ordnung ist“, erklärt Sozialreferent Carsten Hillgruber. „Dann können wir die Sache sofort in Ordnung bringen.“



ERICH NITZL, GROSSVATER UND SPIELPLATZPATE IN BAYREUTH

Das Interesse in der Bevölkerung an dem bürgerschaftlichen Engagement als Spielplatz-Paten ist groß: „Einige unserer Paten sind sogar bereit, nicht nur zu schauen, sondern in Abstimmung mit uns auch kleinere Arbeiten zu erledigen.“ Dabei habe das Patensystem Vorteile für die Stadt Bayreuth und die Bürger, so Hillgruber: „Die Kommune wird etwas entlastet. Durch die Aufmerksamkeit der Paten erfahren wir schneller, was wo zu machen ist. Die verbesserte Situation auf den Spielplätzen wiederum zeigt der Bevölkerung, dass sich ihre Stadt gut kümmert, dass sie gut informiert ist.“

Erich Nitzl, 67 Jahre alt, Großvater und Spielplatz-Pate in Bayreuth, sieht das ähnlich. Er verweist auch darauf, dass der Einsatz der Spielplatz-Paten ein wichtiges Signal gegen mutwillige Zerstörung setzt. „Das Bewusstsein, dass es da Ehrenamtler gibt, die sich verantwortlich fühlen, wirkt wie ein Schutzschild gegen Vandalismus.“

6 Ich will – aber ich weiß nicht wie Bürgerschaftliches Engagement erleichtern und fördern

Das freiwillige und unentgeltliche Engagement ehrenamtlicher Helfer ist die Grundlage für das Funktionieren vieler Vereine, sozialer, christlicher und auch kommunaler Einrichtungen. Aber oftmals wissen die Interessierten nicht, an welche Stellen sie sich wenden können, um sich zu engagieren.

Dabei hat gerade das kommunale Ehrenamt eine lange Tradition und ist sogar in den Gemeindeordnungen verankert. Demnach sind Bürgerinnen und Bürger sogar verpflichtet, bestimmte Ehrenämter anzunehmen, wie etwa ein Mandat im Gemeinderat, als Wahlhelfer oder in der Gemeindefeuerwehr. Darüber hinaus setzen sich auch viele Bürger freiwillig und unentgeltlich für die Kommune ein.

Die häufigsten Tätigkeiten für das freiwillige bürgerschaftliche Engagement in der Kommune finden sich aber in der Kinderbetreuung und -bildung, der Jugendhilfe, der Familienbildung, -beratung und -begleitung, der Integration von Migranten, in den Netzwerken für Alt und Jung sowie in der Kommunalentwicklung mit Familien.

Wer sich also für seine Kommune engagieren will, hat folgende Möglichkeiten:

- ➔ einfach bei der Stadtverwaltung anrufen,
- ➔ die Internetseiten der Stadtverwaltung konsultieren oder
- ➔ die örtliche Freiwilligen-Agentur kontaktieren.



7 Bürgerschaftliches Engagement in der Kommune: vielfältig und nachhaltig

Das Prinzip der Nachhaltigkeit bezeichnet eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der jetzigen Generation befriedigt, ohne die Bedürfnisse künftiger Generationen zu beeinträchtigen. Wer heute über Nachhaltigkeit spricht, schließt auch immer die Berücksichtigung der kommenden Generationen ein. Was die Menschen heute tun, hat Auswirkungen über ihre Lebenszeit hinaus: Mit ihrem Handeln beeinflussen sie die Umwelt, die Wirtschaft und die Lebensqualität der Zukunft.

Daher bietet es sich für die Kommunen an, dass Politik, Verwaltung und Einwohner gemeinsam die Weichen für die Ausgestaltung der Gesellschaft in der Zukunft stellen. Um künftig erfolgreich zu sein, empfiehlt es sich für die kommunalen Verwaltungen, die Bürgerinnen und Bürger noch stärker einzubeziehen, ohne dabei die eigenen Hoheitsaufgaben abzugeben.

Gerade in Zeiten großer Herausforderungen wie der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise ist es von grundlegender Bedeutung, dass sich die Städte, Kreise und Gemeinden nicht von langfristigen ökologischen und sozialen Zielen verabschieden. Dabei ist das Ehrenamt für die Entwicklung von Strategien, die auch die Notwendigkeiten der künftigen Generationen berücksichtigen, ein besonders geeignetes Instrument. Unter den zahlreichen Initiativen und Projekten der 23 Millionen gesellschaftlich Engagierten in Deutschland gibt es schon jetzt viele Beispiele, die den Anforderungen der Nachhaltigkeit gerecht werden: Dabei geht es nicht nur um ökologisch motivierte Projekte, sondern auch um den Generationen-dialog, die Abwanderung und Alterung im ländlichen Raum, die Verbesserung der Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen oder die Aufwertung des eigenen Wohnumfelds.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit stammt aus der Forstwirtschaft und wurde erstmals 1713 von Hans Carl von Carlowitz, dem Oberberghauptmann am kursächsischen Hof in Freiberg, formuliert. Doch in den folgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten geriet es weitestgehend in Vergessenheit. Erst seit dem „Erdgipfel“ 1992 in Rio de Janeiro findet die Nachhaltigkeit als politisches, wirtschaftliches und soziales Konzept immer mehr Beachtung und Akzeptanz bei den Menschen.



DR. GERD LANDSBERG,
HAUPTGESCHÄFTS-
FÜHRER DES DSTGB

Die Erfahrung zeigt, dass die institutionalisierte Zusammenarbeit von Kommunen und bürgerschaftlich Engagierten eine Win-Win-Situation ist. Und sie zeigt, dass Kooperationen dann am besten funktionieren, wenn die Strukturen der Zusammenarbeit belastbar sind und zentrale Aufgaben gemeinsam ausgewählt wurden. Mithilfe der Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem bürgerschaftlichen Bereich, die auch Akteure aus der Wirtschaft einbeziehen können, wächst gerade in kleineren und mittleren Gemeinden eine neue zivilgesellschaftliche Infrastruktur. Davon profitieren die Lebensqualität, die Attraktivität und Identität der Kommunen und somit auch ihre Bewohner.

Dabei stellt die Zusammenarbeit von Kommune und bürgerschaftlich Engagierten auch gewisse Herausforderungen an alle Beteiligten: Besonders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen müssen sich Veränderungen öffnen und nicht mehr ausschließlich als durchführende Alleinverantwortliche agieren – sondern auch als Partner bürgerschaftlicher Aktivitäten.

Aber mithilfe dieser Zusammenarbeit können Gemeinden, Städte und Landkreise zentrale Aufgaben lösen, die sonst für lange Zeit unerledigt blieben. Mit der institutionalisierten Unterstützung bürgerschaftlich engagierter Gruppen können die Kommunen auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen angemessen reagieren.

Gelebte Demokratie

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, über die Kooperation von Kommunen und bürgerschaftlich Engagierten in Deutschland.

Herr Dr. Landsberg, in welchen Bereichen läuft die Kooperation von Kommunen und bürgerschaftlich Engagierten in Deutschland am besten?

Historisch gewachsen funktioniert die Kooperation zwischen ehrenamtlich Engagierten und den Kommunen am besten bei Hilfsdiensten wie der freiwilligen Feuerwehr. Aber auch die Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden sowie den modernen Formen des bürgerschaftlichen Engagements, wie etwa den Netzwerken älterer Menschen, die sich um junge Menschen kümmern, läuft gut.

In welcher Form kooperieren Kommune und Bürgerinnen und Bürger bei dem Thema Umweltschutz?

Der Umweltschutz im Ehrenamt spielt für die Kommunen schon seit Längerem eine große Rolle. Gerade wenn es um weitreichende Punkte wie die Abfallpolitik oder erneuerbare Energien geht, machen sich die Bürgerinnen und Bürger immer wieder stark. Besonders gut funktioniert das, wenn die Kommune Anlaufstellen für die Freiwilligen schafft, um deren Einsatz zu koordinieren. Durch den gemeinsamen Einsatz ist es z. B. manchen Städten schon gelungen, ihren Energieverbrauch zu fast 100 Prozent aus regenerativen Energien zu decken.

„Für viele Menschen spielt es eine große Rolle, wie sehr sie sich engagieren können.“

Wie und wann kam es in Deutschland zur Kooperation von Kommunen und bürgerschaftlich Engagierten im Bereich Umweltschutz?

Seinen Anfang nahm das Ehrenamt im Umweltschutz in Deutschland Ende der 1960er Jahre, als der Umweltschutz noch keine große politische Rolle spielte. Auf kommunaler Ebene bekam er dann sehr schnell eine immer größere Dimension: Themen wie Abwasserbeseitigung und Naturschutzgebiete haben hier schon sehr bald Wahlen entschieden. Auch heute ist das oft noch der Fall. So erlangte das Ehrenamt im Umweltschutz eine bedeutende Popularität und wurde damit auch sehr wichtig für die Kommunen. Die Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden und den Ehrenamtlern kann man ohne Weiteres als gelebte Demokratie bezeichnen.

Welche Vorteile bringt das den Städten und Gemeinden? Welche den Menschen, die dort leben?

Das Ehrenamt ist ein wichtiger Baustein kommunalen Lebens. Eine Kommune, der es nicht gelingt, das ehrenamtliche Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger zu organisieren, hat eindeutig Wettbewerbsnachteile. Denn für viele Menschen spielt es nicht nur eine Rolle, wo sie leben, sondern auch wie sie sich dort engagieren können. Das zeigt sich auch in anderen Bereichen: Die Politikverdrossenheit auf Landes- und Bundesebene ist unter anderem deswegen größer als in den Kommunen, weil sich die Menschen dort weniger unmittelbar einbringen können.



Ist das vorhandene Potenzial ehrenamtlicher Arbeit bereits erschöpft, oder können sich die Bürger – in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden – noch besser einbringen?

In meinen Augen ist das Potenzial – egal in welchem Bereich – noch lange nicht ausgeschöpft. Gerade Menschen, die ihren Ruhestand beginnen, aber auch viele Jugendliche, wollen sich engagieren. Es ist Aufgabe der Politik, hierfür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Moderne Medien wie das Internet können helfen, die Organisation zu vereinfachen. Das Ehrenamt bietet optimale Möglichkeiten, junge und alte Menschen in das kommunale Leben zu integrieren – so funktioniert Gesellschaft.

„Das Ehrenamt bietet optimale Möglichkeiten, junge und alte Menschen in das kommunale Leben zu integrieren.“



8 Anreize schaffen: die Ehrenamtskarte

So wie in einigen anderen Bundesländern bietet die Ehrenamtskarte auch in Niedersachsen in vielen Einrichtungen Ermäßigungen.

Ein bewährtes Instrument für Kommunen, ihre Bürgerinnen und Bürger zu motivieren und zu fördern, ist die Ehrenamtskarte.

Was sind die Voraussetzungen für den Erwerb einer Ehrenamtskarte?

Für den Bezug der Ehrenamtskarte in Niedersachsen müssen bürgerschaftlich Engagierte mindestens 18 Jahre alt sein und eine freiwillige gemeinwohlorientierte Tätigkeit ohne Bezahlung von mindestens fünf Stunden in der Woche bzw. 250 Stunden im Jahr ausüben. Zum Zeitpunkt der Beantragung einer Ehrenamtskarte besteht das freiwillige Engagement bereits mindestens drei Jahre (oder jeweils seit Bestehen der Organisation) und die Engagierten erklären, dass sie ihren Einsatz für das Ehrenamt auch zukünftig fortsetzen wollen.

Wer gibt die Ehrenamtskarte aus?

Die Ehrenamtskarte wird von den teilnehmenden kommunalen Gebietskörperschaften verliehen und ausgegeben. Die Antragstellen befinden sich bei der örtlichen Gemeinde- oder Stadtverwaltung. Die Angaben über das freiwillige Engagement müssen vom betreffenden Verein oder der betreffenden Organisation bestätigt werden.

Wo gibt es Vergünstigungen?

Anbieter, die Vergünstigungen gewähren, haben einen Aufkleber im Eingangsbereich oder an den Kassen angebracht.

Wie lange ist die Ehrenamtskarte gültig?

Die Geltungsdauer der Ehrenamtskarte beträgt drei Jahre. Bei fortbestehenden Voraussetzungen kann sie durch Antragstellung verlängert werden.

(QUELLE: NIEDERSÄCHSISCHE STAATSKANZLEI)

9 Best Practice!

Die Umstände des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Auf der einen Seite haben viele Vereine, Verbände und Organisationen zunehmend Schwierigkeiten, weiterhin Freiwillige zu finden. Auf der anderen Seite ist eine Vielzahl an neuen Formen des bürgerschaftlichen Engagements entstanden.

Eine zentrale Erkenntnis der Analyse bürgerschaftlichen Engagements ist, dass es den Menschen Spaß macht und sie einen Sinn darin erkennen müssen, damit sie sich auch weiterhin für ihre Mitmenschen einsetzen. Eine Möglichkeit für die Städte, Landkreise und Gemeinden, dies sicherzustellen, sind Datenbanken, in denen Beispiele vorbildlicher Strukturen für bürgerschaftliches Engagement systematisch erfasst und ausgewertet werden. Darauf aufbauend ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten, das Ehrenamt vor Ort zu fördern, zu verbessern und zugleich Unterstützung, wie etwa Sponsoren, dafür zu finden.

Darüber hinaus ermöglichen Datenbanken die vollständige Adresssammlung aller Akteure und Interessierten. Gerade die kommunalen Einrichtungen sind der geeignete Ort für die Erstellung dieser Datenbanken, da ehrenamtlich Interessierte die Behörden von Städten und Gemeinden in der Regel als erste Anlaufstelle identifizieren, um sich zu informieren.

Datenbanken bieten auch eine optimale Grundlage, um Fortbildungen im Bereich Ehrenamt – ganz den Bedürfnissen der Engagierten entsprechend – zu organisieren und durchzuführen. Oftmals verwenden Kommunen die Erkenntnisse aus ihren Datenbanken zum Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen oder Trägern bürgerschaftlichen Engagements.

10 Tipps, Links und Ansprechpartner

Um das bürgerschaftliche Engagement zu fördern, haben Kommunen, Länder und der Bund in den vergangenen Jahren vermehrt Voraussetzungen geschaffen, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern bessere Chancen zu bieten.

Bundesrepublik Deutschland

Die Menschen in Deutschland profitieren schon seit vielen Jahren von dem bürgerschaftlichen Engagement ihrer mehr als 23 Millionen ehrenamtlich tätigen Mitmenschen. Der Bund unterstützt und fördert dieses Engagement auf vielfache Weise, insbesondere durch die Initiative Zivil-Engagement, deren Ziel die Stärkung, Anerkennung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement ist. Infos unter:

www.initiative-zivilengagement.de

Ein neuer Internetauftritt wird ab Sommer 2009 als Plattform der bestehenden Engagementangebote zur Verfügung stehen und die Bürgerinnen und Bürger auf die Aktivitäten vor Ort verweisen. Infos unter:

www.engagiert-in-deutschland.de

Baden-Württemberg

Baden-Württemberg gilt als „Mitmachland Nummer 1“ in Deutschland. 40 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs sind ehrenamtlich oder bürgerschaftlich engagiert. Das ist mehr als in jedem anderen Bundesland. Weitere Informationen unter:

www.baden-wuerttemberg.de

Bayern

In Bayern engagieren sich bereits 37 Prozent der ab 14-Jährigen ehrenamtlich – das sind fast 3,8 Millionen Bürger. Damit nimmt das Bundesland im Ländervergleich einen Spitzenplatz ein. Informationen zu Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern unter:

www.stmas.bayern.de und www.iska-nuernberg.de/landesnetzwerk

Berlin

In Berlin besteht eine Vielzahl von Netzwerken und Initiativen, die sich dem ehrenamtlichen Dienst für die Gesellschaft verschrieben haben. Fast jeder vierte Berliner ist heute schon freiwillig engagiert, immer mehr Menschen nutzen die Möglichkeiten, sich konstruktiv in den politischen Meinungsbildungsprozess einzubringen. Infos unter:

www.berlin.de/buergeraktiv

Brandenburg

Freiwilliges Engagement ist nicht nur Hilfe für andere, sondern bedeutet auch persönliche Weiterentwicklung. Das Land stellt eine Datenbank zur Verfügung, in die Vereine ihr Ehrenamtsprofil einbringen können. Mehr dazu unter:

www.ehrenamt.brandenburg.de

Bremen

Im Stadtstaat Bremen befassen sich Organisationen, Vereine, Initiativen, Projekte, Runde Tische, Agenturen und ein Referat in der Senatsverwal-

tung mit den unterschiedlichen Aspekten und Facetten des bürgerschaftlichen Engagements. Informationen unter:

www.buergerengagement.bremen.de

Hamburg

Rund 460.000 Menschen sind in Hamburg freiwillig ehrenamtlich aktiv. Die Landesinitiative „Hamburg engagiert sich“ ist Initiator und Träger des Hamburger Nachweises über bürgerschaftliches Engagement und spricht damit den aktiven Menschen in Hamburg Dank und Anerkennung für ihre persönlich erbrachten Leistungen aus. Aktuelle Informationen rund um bürgerschaftliches Engagement unter:

www.engagement.hamburg.de und www.aktivoli.de

Hessen

Über die Initiative „Gemeinsam-Aktiv“ des Landes Hessen wird das Ehrenamt in Hessen gefördert, unterstützt und öffentlich präsentiert. Außerdem gibt es die LandesEhrenamtsagentur; deren Ziele sind:

- die Schaffung positiver Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement,
- der Aufbau vielfältiger Unterstützungs- und Förderstrukturen für freiwilliges Ehrenamt auf kommunaler Ebene und
- die Förderung und Verbreitung innovativer Ansätze der Bürgerengagements und der Aufbau eines kommunalen Netzwerks zum Bürgerengagement.

www.gemeinsam-aktiv.de und www.e-card-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Der Verein „Netzwerk freiwilliges Engagement Mecklenburg-Vorpommern e.V.“ ist Träger einer landesweiten Kontakt- und Beratungsstelle für freiwilliges Engagement. Infos unter:

www.netzwerk-mv.net

Niedersachsen

Im Bundesland Niedersachsen engagieren sich rund zwei Millionen Menschen freiwillig für die unterschiedlichsten Lebensbereiche. Das Land hat ein Portal eingerichtet, auf dem sich Interessierte umfangreich informieren können. Infos unter:

www.freiwilligenserver.de

Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen ist das bürgerschaftliche Engagement beim Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration angesiedelt. Das Ministerium und zahlreiche Kommunen fördern es ideell, durch Projekte, öffentliche Präsentation und durch den Landesnachweis NRW. Infos unter:

www.engagiert-in-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Weit über eine Million Menschen in Rheinland-Pfalz engagieren sich Tag für Tag für die Gemeinschaft. Organisationen, Verbände, Vereine und sonstige Institutionen und Initiativen, die mit Ehrenamtlichen zusammenarbeiten, unterstützen dieses Engagement in vielfältiger Weise und schaffen oft erst die Voraussetzungen dafür. Dies gilt in gleicher Weise für die Kommunen. Mehr dazu unter:

www.wir-tun-was.de

Sachsen

Der Freistaat Sachsen zeichnet sich durch eine facettenreiche Landschaft bürgerschaftlichen Engagements aus. Informationen über das Engagement in Sachsen unter:

www.wir-fuer-sachsen.de

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt engagiert sich fast jeder Dritte ehrenamtlich. Das Land ruft auch besonders Menschen auf, die arbeitslos sind oder den Ruhestand erreicht haben, sich keinesfalls zurückzuziehen, da ihre Fähigkeiten von der Gesellschaft gebraucht werden. Infos unter:

www.sachsen-anhalt.de und www.engagiert-sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Aktuelle Informationen, Nachrichten und Orientierungshilfen rund um das Thema Ehrenamt in Schleswig-Holstein sowie Informationen zur Ehrenamtskarte Schleswig-Holstein finden sich unter:

www.ehrenamt-sh.de und www.ehrenamtskarte.de

Thüringen

Ehrenamtliches Engagement hat in Thüringen einen hohen Stellenwert, eine lange Tradition und ist ein wichtiger Baustein des gesellschaftlichen Lebens. Die Landesregierung hat im Jahre 2002 die Thüringer Ehrenamtsstiftung als rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts errichtet, die das Ehrenamt unterstützt. Informationen dazu unter:

www.thueringer-ehrenamtsstiftung.de

Informationen zu der Initiative „für mich, für uns, für alle“, in der sich engagierte Bundestagsabgeordnete, die Städte, Landkreise und Gemeinden Deutschlands und die Sparkassen zusammengeschlossen haben, und zum Bürgerpreis im Internet unter: www.buerger-engagement.de

11 Impressum

Initiative „für mich, für uns, für alle“

c/o Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Charlottenstraße 47

10117 Berlin

Telefon: (030) 202 25 - 5134

Telefax: (030) 202 25 - 5131

Internet: www.buerger-engagement.de

E-Mail: info@buerger-engagement.de

Projektbüro „für mich, für uns, für alle“

c/o Deutscher Sparkassen Verlag GmbH

Friedrichstraße 83

10117 Berlin

Telefon: (030) 28 87 890 - 31

Telefax: (030) 28 87 890 - 19

Internet: www.buerger-engagement.de

E-Mail: info@buerger-engagement.de

Konzeption, Redaktion und Gestaltung:

AM | COMMUNICATIONS

berlin@am-com.com

Redaktionsschluss:

Juni 2009